

FDP Friedberg

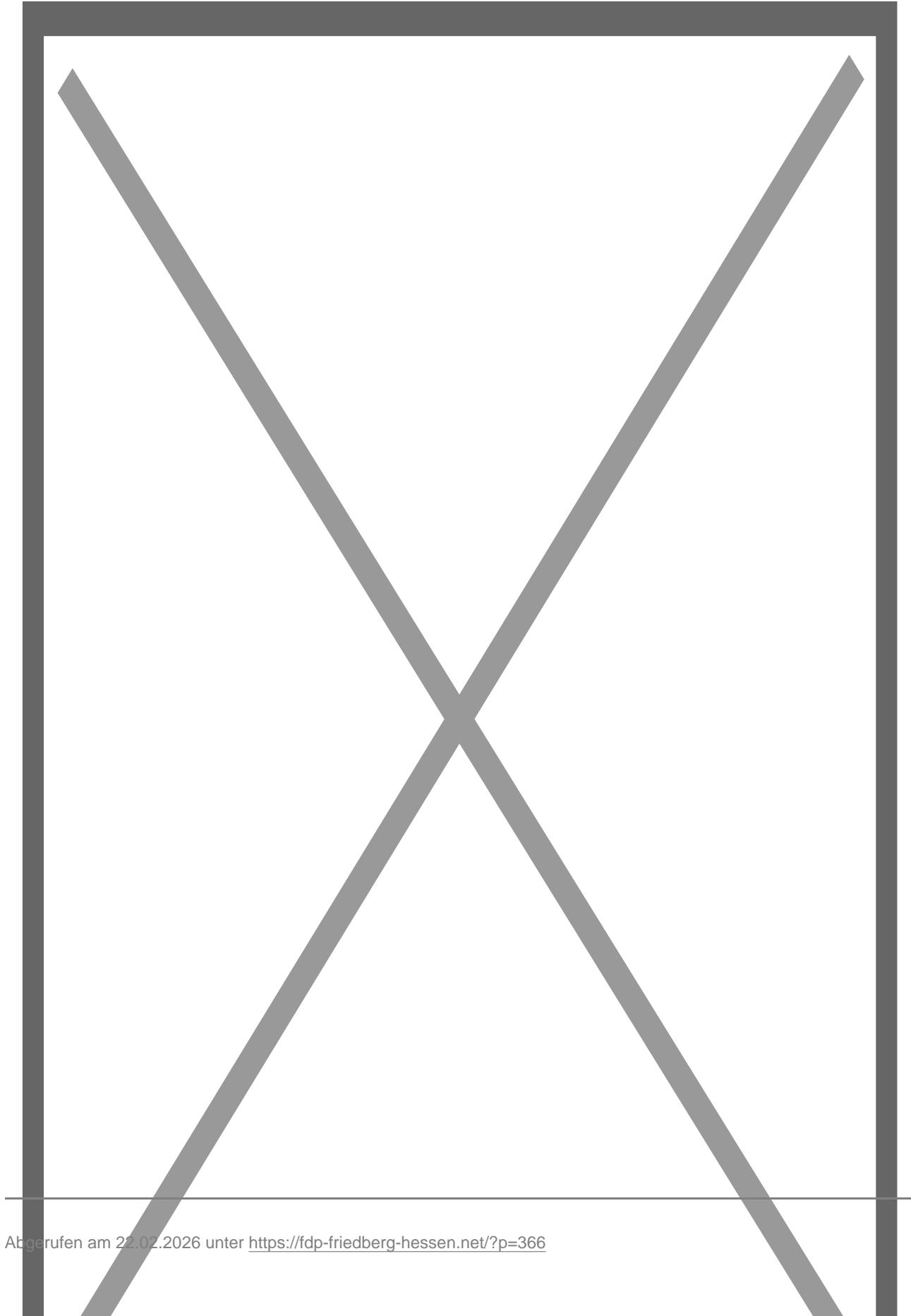
## **BUNDESTAGSKANDIDATIN NATASCHA BAUMANN (FDP): „IN DEN NÄCHSTEN WOCHEN MÜSSEN DIE ROT-GRÜNEN STEUERERHÖHUNGSPLÄNE IMMER WIEDER THEMATISIERT WERDEN.“**

05.08.2013

---

**Achim Güssgen-Ackva: „Rot-Grüne Steuerpläne treffen Unternehmen ins Mark.“**

Image not found or type unknown



(Das Foto zeigt von links nach rechts in der vorderen Reihe: Bundestagskandidatin Natascha Baumann, Roger Götzl, Michael Straka, Achim Güssgen-Ackva. Hintere Reihe, von links nach rechts: Silvis Elm-Gelsebach, Karlheinz Güssgen, Dr. Regina Bechstein-Walther, Dr. Jochen Meier, Malu Schäfer-Salecker.)

Bundestagskandidatin Natascha Baumann (FDP): „In den nächsten Wochen müssen die rot-grünen Steuererhöhungspläne immer wieder thematisiert werden.“ In entspannter Atmosphäre ging es während eines Treffens der Friedberger FDP mit der liberalen Bundestagskandidatin Natascha Baumann doch um ein ernstes Thema: Die aus der Sicht der FDP fatalen Pläne von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für drastische Steuererhöhungen. „Diese Pläne werden vor allem die Unternehmen treffen und gefährden dadurch Arbeitsplätze“, so Natascha Baumann. „Das ist eine für unser Land gefährliche Politik, die SPD und Grünen für unser Land anstreben. Ich mache mir auch keine Illusionen, dass diese falsche Politik notfalls auch mit der Hilfe der Partei „Die Linke“ umgesetzt würde.“ Baumann nannte die Pläne für den rot-grünen Steuererhöhungsmix aus höherer Einkommen-, Vermögen-, Erbschaft- und Kapitalertragsteuer mit Blick auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes „grundfalsch“. Den Unternehmen würden dadurch Mittel, die sie dringend für Investitionen und damit die Sicherung von Arbeitsplätzen benötigten, entzogen. „Die rot-grüne Steuererhöhungsorgie würde zunächst die Unternehmen bis ins Mark treffen, in der Folge trafe sie aber vor allem die Beschäftigten“ ergänzte der Vorsitzende des Friedberger Ortsverbandes der FDP, Achim Güssgen-Ackva. Die Folge steigender Kosten durch höhere Steuern sei ein zunehmender Rationalisierungsdruck der zu geringeren Lohnzuwächsen und zum Abbau von Arbeitsplätzen führen werde. „Wir sind nicht zuletzt durch die vernünftige Politik der christlich-liberalen Koalition in Berlin bislang recht gut durch die Wirtschaftskrise gekommen. Die rot-grün-roten Pläne würden die Schwierigkeiten deutlich verschärfen.

Die Bundestagskandidatin der FDP berichtete von verschiedenen Firmenbesuchen der letzten Wochen. Dabei habe sie immer wieder sehr deutlich zur Kenntnis nehmen müssen, dass man sich gerade in kleineren und mittleren Betrieben erhebliche Sorgen mache. Die Unternehmen könnten ihrer Verantwortung für die Mitarbeiterschaft nur dann gerecht werden, wenn sie von Steuerbelastungen und Bürokratie befreit würden. „Wir haben ein positives Bild von Wirtschaftsbetrieben und sehen sie – anders als SPD und

Grüne – nicht als Institutionen an, die man ständig zur Kasse bitten kann. Unternehmen brauchen Entlastung, keine weitere Belastung“. Baumann verband ihre Ausführungen auch mit einer Forderung nach Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Die mit dieser Sondersteuer verbundenen Aufgaben seien weitgehend abgeschlossen. Es ist das Geld der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Diese wissen mit ihrem Geld am besten umzugehen. Daher muss die Sondersteuer weg, nach Möglichkeit bereits 2017“, so Baumann abschließend.